

KURZ UND PRÄGNANT

Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

Als einen Schritt, junge Menschen in ihren Rechten zu stärken, bezeichnete Kati Engel, kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre. In sieben Bundesländern (Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein) können Jugendliche bereits ab diesem Alter an Wahlen teilnehmen. Die Abgeordnete begrüßte die von der rot-rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebrachten Gesetzesentwürfe, mit denen das Kommunalwahlgesetz, das Wahlgesetz für den Landtag und die Thüringer Verfassung entsprechend geändert werden sollen. Nach der Beschlussfassung im Landtag könnten bei den nächsten Kommunalwahlen, aber auch bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, zusätzlich etwa 30.000 junge Thüringer stimmberechtigt sein. ■

Bildungsfreistellung: Blockade aufgeben

Als Fazit der Landtags-Anhörung zum Bildungsfreistellungsgesetz, sagte Torsten Wolf, dass am Gesetzentwurf der Landesregierung keine substantiellen Änderungen notwendig sein. Weder die angehörten Arbeitnehmervertreter, noch die Arbeitgebervertreter konnten aus Sicht sich des Abgeordneten prinzipiell die geplanten Regelungen im Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz in Frage stellen. An die Adresse der Arbeitgeber gewandt und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern im Durchschnitt zwei Wochen länger arbeiten, sieht Torsten Wolf, dass diese ihren Beitrag in den letzten 25 Jahren bereits erbracht haben. Er appelliert an die Thüringer Wirtschaft, ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben und auch durch das umzusetzende Bildungsfreistellungsgesetz die Ungleichbehandlung zwischen Ost und West zu beenden.

Zugleich drückte der LINKE Abgeordnete seine Verwunderung über die Stellungnahmen eines Teils der Arbeitgeber aus: Offenbar hätten diese den Gesetzentwurf nicht gelesen. „Unisono konnten – oder wollten – sie nicht die Frage beantworten, wie sich denn das Bildungsfreistellungsgesetz in der konkreten Anwendung in anderen Bundesländern auf die Unternehmen auswirkt.“ Auch hätten von Arbeitgeberseite keine wirklich stichhaltigen Angaben über zu erwartende Kostenbelastungen gemacht werden können. ■

Geschehen noch nicht zu den Akten gelegt

Aus der Landtagsdebatte zu den Demonstrationen am ersten Maiwochenende

Eine parlamentarische Behandlung erfuhren die Vorgänge um einen Angriff von ca. 40 Neonazis auf eine 1. Mai-Kundgebung in Weimar sowie die zahlreichen Übergriffe und Gewalttaten von Nazis am Rande eines Aufmarsches des sogenannten „Dritten Wegs“ in Saalfeld vom gleichen Tag. Die CDU hatte sie zum Thema ihrer Aktuellen Stunde am 27. Mai im Landtag erörtern und dabei erneut deutlich gemacht, welch eigenartiges Verständnis sie von parlamentarischen Gremien und den Beratungsgängen im Parlament hat.

Neben der Koalition und dem Innenministerium hatte nämlich auch die CDU-Fraktion eine Beratung der Vorgänge im Innenausschuss am 21. Mai, also eine Woche vor dem Plenartermin, beantragt. Aber noch davor hatte die CDU den Antrag zur Aktuellen Stunde eingereicht. Es ist ihr offenbar gleich, ob ein parlamentarischer Rahmen für die Aufarbeitung bereits existiert, und es ist ihr auch gleich, welche Ergebnisse diese Beratungen zeitigen.

So barg die Aktuelle Stunde selbst denn auch wenig Überraschendes. Die meisten Fragen auch der CDU-Fraktion waren bereits im Ausschuss durch die Landesregierung beantwortet worden. Auch hatte der Innenminister eine weitergehende Aufklärung der Vorfälle insbesondere von Saalfeld zugesagt und einen Bericht im Ausschuss und auch gegenüber der Öffentlichkeit angekündigt.

Im Gegensatz zu seinen CDU-Fraktionskollegen Mike Mohring und Wolfgang Fiedler verzichtete der Abgeordnete Raymond Walk in seiner Rede darauf, in, wie Steffen Dittes für die LINKE formulierte, „schamloser Weise (zu)

behaupten, die Übergriffe in Weimar hätten mit V-Leuten verhindert werden können“. Allerdings unterstellte auch Walk, es habe eine Warnung durch den DGB vor dem Überfall in Weimar gegeben und er vermutete hinter den offenkundigen Fehlern in Saalfeld ein Versagen bei der Einsatzplanung.

Tatsächlich waren in Saalfeld fast 100 Neonazis von der Polizei unbehelligt durch die Stadt gezogen und hatten mehrere Gegendemonstranten teils erheblich verletzt. Anschließend durften sie, ohne polizeiliche Maßnahmen fürchten zu müssen, an der Demonstration des „Dritten Wegs“ teilnehmen, aus der heraus fortwährend und ungeahndet Straftaten gegen Journalisten und Gegendemonstranten verübt wurden, während Polizeieinheiten damit beschäftigt waren, Gegendemonstranten von der Aufzugsstrecke fernzuhalten.

Unseriöse Unterstellungen von Mohring und Fiedler

Hier, und das betonten die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen Steffen Dittes (LINKE), Dorothea Marx (SPD) und Madeleine Henfling (Grüne) einhellig, wurden offenkundig Fehlentscheidungen getroffen und es sei eine umfassende Aufarbeitung und Fehleranalyse in Bezug auf Polizei-Kommunikation mit den Bundespolizeibehörden und vor allem auch der Versammlungsbehörde nötig. Andererseits erschließe sich aber nicht, wie von Planungsfehlern gesprochen werden könne, wenn zu Weimar keine Informationen vorlagen und außer in Saalfeld in den anderen vier Großeinsätzen der Thüringer Polizei an diesem Maiwochenende die polizeilichen Einsatzkonzepte weitgehend aufgegangen seien.

Zu Weimar stellte der Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) klar, dass es keine vorab vorliegende Warnung durch den DGB oder auch eine Behörde in Thüringen oder in anderen Bundesländern gegeben habe. Die mittlerweile ermittelten 36 mutmaßlichen Täter kämen überwiegend aus den Ländern Brandenburg und Sachsen und seien so naturgemäß gar nicht im Fokus Thüringer Landesbehörden.

Dorothea Marx verwahrte sich in diesem Zusammenhang nochmals vor unseriösen Unterstellungen von Mohring und Fiedler, indem sie darauf verwies, dass spätestens seit dem NSU-Untersuchungsausschuss bekannt sei, dass V-Leute in Naziorganisationen keineswegs eine Gewähr für Informationen über geplante Aktivitäten böten. Als Beispiel nannte sie den von mehrheitlich VS-Spitzen organisierten Hess-Gedenkmarsch 1996 in Worms, der die Sicherheitsbehörden völlig überrascht hatte.

Steffen Dittes, der als einziger Redner ausdrücklich seine Anteilnahme für die in Saalfeld und Weimar durch Nazischläger Verletzten ausdrückte, verlieh seiner Erwartung Ausdruck, dass seitens des Innenministeriums nach Abschluss der vom Innenminister skizzierten internen Auswertung ein offener Dialog mit den Opfern und Akteuren des zivilgesellschaftlichen Bündnisses in Saalfeld selbst zu den Fehlern und daraus resultierenden Konsequenzen zu führen sei.

Dies hatte der Minister bereits im Innenausschuss in Aussicht gestellt, er kündigte noch vor der Sommerpause einen Bericht an. Zu den Akten gelegt ist das Geschehen zum 1. Mai damit also nicht.

Steffen Trostorff ■

Sachliche und transparente Aufklärung statt wirrer Vorwürfe

„Unstrittig sind Fehler bei der versammlungsrechtlichen Bewertung und bei der Einsatzführung am 1. Mai in Saalfeld geschehen, die einer Aufklärung bedürfen. Wenn aber nun die CDU-Fraktion einen mehr als vier Wochen alten Tweet der Landtagsabgeordneten Katharina König benutzt, um ihr strafbewährtes Handeln tatsächlich zu unterstellen, dann geht es offenkundig weniger um Aufklärung als um den Versuch der Diskreditierung einer in Saalfeld für das Bündnis gegen den Naziaufmarsch engagierten Anmelderin“, hatte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, am 31. Mai die aus den Reihen der CDU erhobenen Vorwürfe gegen Katharina König zurückgewiesen.

Eine Straftat liegt dann vor, wenn Menschen an einer Versammlung in „einer Aufmachung, die geeignet und

den Umständen nach darauf gerichtet ist, die Feststellung der Identität zu verhindern“, teilnehmen. Eine Straftat liegt dann nicht vor, wenn ein Verdecken des Gesichtes nicht der Verhinderung der Feststellung der Identität durch die Polizei dient, sondern dem Schutz davor, dass Bilder von Versammlungsteilnehmern durch Neonazis angefertigt und im Internet publiziert werden, so auch das Landgericht Hannover <<http://openjur.de/gericht-119.html>> in einem Urteil vom 20. Januar 2009.

Der Hinweis von Katharina König folgte – wie dem zitierten Tweet eindeutig zu entnehmen ist – der Feststellung, dass Versammlungsteilnehmer durch Neonazis abgefilmt wurden. „Dass die Angst für Teilnehmer an antisozialistischen Demonstrationen, Opfer eines neonazistischen Angriffs zu werden, nicht unbegründet ist, zeigt

der brutale Übergriff aus einer Gruppe von bis zu 80 Neonazis an eben diesem 1. Mai in Saalfeld, in dessen Folge zwei Menschen schwer verletzt wurden“, so Steffen Dittes.

Ungeachtet der wirren Vorwürfe und wilden Spekulationen aus den Reihen der CDU werden die Koalitionsfraktionen die für geschehene Fehler verantwortlichen Ursachen sachlich und transparent aufklären, um vor allem die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen zu können, damit eine Wiederholung ausgeschlossen werden kann. „Dies ist auch ausdrücklich ein Diskussionsangebot an diejenigen, die am 1. Mai in Saalfeld ihr Grundrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch genommen haben, um gegen Neonazis zu demonstrieren, und aus dem unmittelbar Erlebten berechnete Fragen zum Geschehensablauf und zum Polizeieinsatz haben.“ ■